

ROB-50LP-8716.50_2-6-13-18 (170426 Schreiben RPin an Barth Mitteilung Stand Ko)

Erledigung

Metadaten

Link auf Objekt

Dokumentenkennzeichen [Bearbeitungsstatus / Status]

ROB-50LP-8716.50_2-6-13-18 [z.A. verfügt / Abgeschlossen]

Datum

-

Betreff

RPin_Wichtige Schreiben

Adressaten

Adressaten Information

Versandinformation

Keine Einträge

Gemeinsame Anlagen

Name

170426 Schreiben RPin an Barth Mitteilung Stand Konzeptausarbeitung

Übersicht persönliche Anlagen

Empfänger

Persönliche Anlage


Keine Einträge

Hinweise

-

Unterschriften

z.A.

, ROB, SG 50 am 10.12.2019 08:30:02

Manuelle Unterschriften

Keine Einträge



Regierung von Oberbayern • 80534 München

Per E-Mail [REDACTED]@stmuv.bayern.de)
Ministerialdirektor Dr. Christian Barth
Bayerisches Staatsministerium für
Umwelt und Verbraucherschutz
Rosenkavalierplatz 2
81925 München

Kopie
München, 26.04.2017

Unser Zeichen
5-8715-2017/15

7. Fortschreibung des Luftreinhalteplans München Umsetzung des Beschlusses des BayVGH vom 27.02.2017

Anlage
Schreiben der Landeshauptstadt München vom 19.04.2017

Sehr geehrter Herr Ministerialdirektor,

mit beiliegendem Schreiben vom 19.04.2017 hat uns die Landeshauptstadt München erste Vorstellungen zur Umsetzung des Beschlusses des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs vom 27.02.2017 mitgeteilt; ich nehme dieses Schreiben zum Anlass, Ihnen die Überlegungen der Regierung von Oberbayern zum weiteren Vorgehen zu unterbreiten und insbesondere der in diesem Schreiben vertretene Auffassung entgegen zu treten, ein detailliertes Konzept sei in der zur Verfügung stehenden Zeit nicht zu erstellen.

Der Tenor in Ziffer 2 des VGH-Beschlusses beinhaltet, dass für die Einleitung einer Öffentlichkeitsbeteiligung zur Vorbereitung einer weiteren Fortschreibung des Luftreinhalteplans für die Landeshauptstadt München bereits die Erstellung eines detaillierten Konzepts, das im Wesentlichen den Vorgaben des Luftreinhalteplans entspricht, erforderlich ist. Der BayVGH nimmt insoweit ausdrücklich Bezug auf die Vorschrift des § 47 Abs. 5 Satz 2, Abs. 5a Satz 1 bis 3 BImSchG und spricht von einem sowohl zielführenden als auch den Vorgaben der Rechtsordnung genügenden Konzept über die näheren Modalitäten der dem Grunde nach geschuldeten Verkehrsverbote für Dieselfahrzeuge (Rn 189).



Regierung von Oberbayern



Wir arbeiten an der Erstellung eines solchen Konzepts und sehen uns, sofern von Ihrem Haus gewünscht, aktuell in der Lage, dieses zusammen mit dem vom BayVGH geforderten Verzeichnis der von NO₂-Überschreitungen betroffenen Straßenabschnitte in München **bis 29.06.2017** zu veröffentlichen. Das Konzept wird auf den Ergebnissen des Gutachtens zu den Untersuchungen zur Maßnahme M1 der 6. Fortschreibung des Luftreinhalteplans München basieren. Die Veröffentlichung des Verzeichnisses wird vor dem Hintergrund der erheblichen Grenzwertüberschreitungen in München voraussichtlich erhebliche Diskussionen auslösen. Durch eine zeitgleiche Veröffentlichung von Verzeichnis und Konzept eröffnet sich nach unserer Auffassung die Möglichkeit, diese Diskussion aktiv vorzustrukturieren.

Unter Berücksichtigung der gerichtlichen Vorgaben und des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit tendieren wir zu einer räumlich und zeitlich abgestuften Vorgehensweise für die Zufahrtsbeschränkung von Dieselfahrzeugen, die mit einer regelmäßigen Wirkungsevaluierung verknüpft werden soll. Im Übrigen sollen grundsätzlich die Ausnahmen der jetzigen Umweltzone gelten unter Berücksichtigung der strengen Maßstäbe des BayVGH.

Vor dem Hintergrund der im LfU am 4. April 2017 vorgestellten Zwischenergebnisse des Gutachtens M1 der 6. Fortschreibung des Münchner Luftreinhalteplanes wird das Zufahrtsverbot für alle Diesel-Pkw und -Lkw gelten müssen. Pkw der Euro Abgasnorm 6 können ausgenommen werden, sofern sie nachweislich im Realbetrieb die Euro 6 Abgasnormen einhalten. Ausgehend vom vorgestellten Zwischenergebnis ist nicht zu erwarten, dass die endgültigen Ergebnisse des Gutachtens zu signifikanten anderen Lösungsmöglichkeiten führen werden.

Unser Konzeptentwurf lässt sich dabei grundsätzlich auf beide von der Landeshauptstadt München skizzierten Szenarien anwenden, d.h. sowohl durch Umsetzung mittels Zeichen 251 StVO und Zusatzschild „gilt nur für Diesel“, sofern das Bundesverwaltungsgericht diese Möglichkeit bestätigt, als auch mittels Zonenverbot wie z.B. „Blauer Plakette“, sofern sich der Bundesgesetzgeber für eine bundesweit gültige Plakettenlösung entschließen sollte und die Zufahrtsvorteile in die Verbotszone nur Diesel-Pkw gewährt, die im Realbetrieb die Vorgaben der Euro Abgasnorm 6 einhalten.

Zwischen der Regierung von Oberbayern und der Landeshauptstadt München finden turnusmäßig Gespräche auf Leitungsebene statt. Der nächste Termin ist mit Herrn Oberbürgermeister Reiter auf den 4. Mai 2017 festgelegt. Vor dem Hintergrund der engen zeitlichen Vorgaben des VGH und der aus unserer Sicht unabdingbaren vorherigen Einbindung und Zusammenarbeit mit der Landeshauptstadt beabsichtige ich im Rahmen dieses Termins, mit der Stadt München das weitere fachliche Vorgehen zu besprechen. Ich bitte um eine vorherige Rückkopplung Ihres Hauses, ob mit dem oben umrissenen Vorgehen Einverständnis besteht. Für ein Gespräch stehe ich selbstverständlich zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Brigitta Brunner